

Werte« in der Geisteswissenschaft sowie die Bedeutung der Massenmedien Presse, Kino und Rundfunk werden in besonderem Maße hervorgehoben.

Dederkes Buch beschränkt sich aber nicht nur auf historische Darstellung, vielmehr stellt es in erster Linie ein Studien- und Arbeitsbuch dar (was eigentlich auch das immer noch auf Bildungswissen angelegte Schulgeschichtsbuch sein sollte!). Dieser Funktion dienen die Statistiken im Text, die zahlreichen Diagramme und Tabellen am Schluß des Buches, die an vielen Stellen den Text unterbrechenden und gut ausgewählten Zitate aus zeitgenössischen Quellen, die umfangreiche Bibliographie als Anregung zum Nach- und Weiterarbeiten, das Sach- und Personenregister.

Nur geringfügige sachliche Korrekturen sind notwendig. So fehlt der Hinweis auf die hohen amerikanischen Schutzzölle, um entscheidende Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft während der Weltwirtschaftskrise zu verdeutlichen. Auch hätte der Verbindung der NSDAP mit Industrie, Banken und Großgrundbesitz ein eigenes Kapitel gewidmet werden müssen; denn gerade diese Interessenallianz ebnete den Weg zur Machtergreifung; Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrieklub vom Februar 1932, die den Geldsegen in die NS-Parteikasse fließen ließ, wird überhaupt nicht erwähnt. Diese kleinen Mängel ändern aber nichts an der hervorragenden Bedeutung dieses Buches für alle, die sich in die jüngere deutsche Geschichte einarbeiten wollen. —

Zum Schluß sei noch auf die Frage eingegangen, ob die Geschichte Weimars für die politische Gegenwart noch relevant ist. Dederke beendet sein Vorwort mit der Bemerkung (S. VI): »Im übrigen bedeutet das Bemühen um Sachgerechtigkeit nicht den Verzicht auf Wertung. Zurückhaltung hat der Verfasser freilich geübt bei umfassenderen Deutungen und gedanklichen Verbindungen zur heutigen Situation. Der Leser ist aufgefordert, sich darin selbst zu versuchen.«

Dederke ermöglicht mit seiner Darstellung durchaus, *aktuelle Bezüge zu knüpfen*. Denn indem er die Innenpolitik Weimars stark herausstreicht, indem er wirtschaftliche Faktoren, die Rolle der Parteien, Macht und Herrschaft der Interessenverbände sowie geistige Strömungen ausführlich beschreibt, liefert er ein gesellschaftlich-politisches Modell, mit dem die westdeutschen Verhältnisse in ihren Übereinstimmungen und Unterschieden zu Weimar verglichen werden können. Zeitgeschichte ermöglicht damit Denkansätze und Fragestellungen für die politische Gegenwart der BRD und bestätigt zugleich ein von Soziologie und Politologie bereits gefälltes Urteil: daß nämlich nach 1945 die westdeutsche Gesellschaft in weiten Bereichen als Restauration Weimarer Verhältnisse entstanden ist. (Vergl.: Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik; Schäfer/Nedelmann, Der CDU-Staat; Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus).

Reinhard Lüke

Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 40), Droste Verlag, Düsseldorf 1971, 323 S., Ln., 48 DM.

Die Diskussion über die Elemente direkter Demokratie bei den Verfassungsberatungen in Weimar wurde von zwei historischen Ereignissen entscheidend beeinflusst: von der Enttäuschung über das Scheitern der Revolution im Jahre 1848 und vom Eindruck der Plebiszite des Bonapartismus in Frankreich. Träger des Gedankens der direkten Gesetzgebung war im 19. Jahrhundert der demokratische, später sozialdemokratische Publizist und Politiker Moritz Rittinghausen, dessen Schriften und Broschüren bis ins 20. Jahrhundert hinein Kritik und Zustimmung auslösten.

Schiffers zeichnet in seiner Untersuchung die Kontinuität des Gedankens der direkten Gesetzgebung durch das Volk in den Programmen der Sozialdemokratie bis ins Jahr 1919 nach. Der Sozialdemokrat Keil, der die Vorstellungen seiner Partei zur Frage

des Referendums im Verfassungsausschuß vertrat (S. 130), griff dabei weitgehend auf die Vorarbeiten des badischen Liberalen und späteren Reichsministers Curtius zurück (S. 42), dessen »Denkschrift über Referendum und Initiative« sich an der Ausgestaltung der referendalen Elemente in der Schweiz und in den amerikanischen Einzelstaaten orientierte. Curtius war einer der wenigen Experten für diese bis dahin weitgehend unbekannte Materie, und seine Vorstellungen hatten für MSPD und USPD den Vorzug, daß sie mit den entsprechenden Passagen des Erfurter Programms übereinstimmten.

Die von keiner Partei bestrittene konservative Wirkung des Referendums trug dazu bei, daß es von seinen prinzipiellen Gegnern (DVP, DNVP) befürwortet und von seinen grundsätzlichen Anhängern mit Skepsis betrachtet wurde. Die Einfügung von Referendum und Initiative in die Verfassung war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen radikaldemokratischen Tendenzen der Linken und antidemokratischen der Rechten, wobei bei der MSPD die Absicht im Mittelpunkt stand, durch den Einbau des Referendums in die Verfassung die Räte aus dieser herauszuhalten (S. 146).

Das an der Exekutive orientierte Denken der Liberalen trat besonders stark bei den Beratungen über die Wahl des Reichspräsidenten hervor (S. 157 ff.). Geprägt von einem tiefen Mißtrauen gegenüber dem »Parlamentspräsidenten«, sah man im plebiszitären Reichspräsidenten eine wohltuende Korrektur. »Nach den Vorstellungen der DDP mußten die Gegengewichte, die in der veränderten Situation dazu ausersehen waren, das Parlament zu ergänzen und zu kontrollieren, ihre Autorität in derselben Weise aus dem Willen des Volkes schöpfen« (S. 283). Die gegen eine starke Konzentration der staatlichen Exekutive opponierende SPD sprach vom »Kaiserersatz«, während die USPD den plebiszitären Reichspräsidenten prinzipiell ablehnte. Beide Arbeiterparteien erkannten die Gefahr des Bonapartismus, während sich die bürgerlichen Parteien kaum zu diesem Problem äußerten.

Schiffers sieht in der Weimarer Verfassung eine Auseinandersetzung des repräsentativen Parlamentarismus mit dem Referendum und dem Rätegedanken und analysiert die Vorstellung der bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung, die ebenso wie Teile der MSPD von der Unvereinbarkeit von Räten und Parlamentarismus überzeugt waren. Der Mehrheit in der Nationalversammlung gelang es, einen kontinuierlichen Einfluß der Stimmberechtigten auf die Bildung des Regierungswillens zu verhindern und das Referendum in ihre Balancekonzeption einzuordnen, dem eben nur Bedeutung zukam, wenn öffentliche Meinung und Parlamentsauffassung zu weit auseinanderklafften.

Initiative, Referendum und Volkswahl des Reichspräsidenten erscheinen im historischen Rückblick ausschließlich — abgesehen vom Volksbegehren »Fürstenenteignung« des Jahres 1926 — als antiparlamentarische, auf die Vernichtung des Weimarer Systems gerichtete Mittel. Tatsächlich waren es aber keineswegs nur die extreme Rechte oder die KPD, die Agitation auf plebiszitäre Weise betrieben. Schiffers gibt eine Fülle von Beispielen, die zeigen, daß für viele Verbände im vorparlamentarischen Raum die Initiative eine Möglichkeit bot, Interessen zu artikulieren, die sich auf dem üblichen Wege über die Ministerialbürokratie oder durch einzelne Abgeordnete im Parlament nicht durchsetzen ließen. Das erstaunliche Mißverhältnis zwischen geplanten bzw. eingeleiteten Initiativen und den wenigen Abstimmungen streicht die Funktion der Warnung an das Parlament heraus, die nicht selten zur Novellierung umstrittener Gesetzesmaterien führten.

Eine andere Wirkung des Referendums sieht Schiffers richtig in der Offenlegung der Klassengegensätze und führt als Beispiele die Volksbegehren »Fürstenenteignung« und »Landtagsauflösung« an. Diese Initiativen wie die der Inflationsgeschädigten in den Jahren 1926/27 ließen erkennen, wie wenig es den bürgerlich-demokratischen Parteien gelungen war, die sozialen Kräfte im Vorfeld der politischen Parteien zu integrieren.

So waren die auf Integration der sozialen Spannungen ausgerichteten Parteien an einer Einleitung eines Referendums nur selten interessiert und sahen in Initiative und Referendum kein Mittel zur Lösung politischer Fragen. Das galt auch für eine ausgesprochene Mitgliederpartei wie die SPD.

Die Schwäche von Schiffers' Untersuchung liegt darin, daß er dem Problem der Spannung zwischen bürgerlichem Parlamentarismus mit seiner Herrschafts- und Disziplinierungsfunktion und dem seine Grenzen sprengenden Referendum ausweicht. Die ideale Verpflichtung, Herrschaft auf das Volk zurückzuführen, und der reale Anspruch oligarchischer Gruppen auf Herrschaft über das Volk lassen das Referendum als unvereinbar mit dem bürgerlichen Parlamentarismus erscheinen. Die totale Eliminierung plebiszitärer Elemente aus dem Bonner Grundgesetz, das Repräsentationsprinzip als Kern des Parlamentarismus, ist nur von seiner Funktion her zu erklären, die Mehrheit der Bevölkerung von den Entscheidungszentren fernzuhalten. Plebiszitäre Elemente in einer repräsentativen Demokratie können zu solchen Strukturdefekten führen, die die Umsetzung gesellschaftlicher Herrschaft in eine parlamentarische Form zumindest erschweren.

Hans Peter Ehni

Hans-Helmuth Knütter, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918—1933* (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 4), Droste Verlag, Düsseldorf 1971, 259 S., Pb., 19,80 DM.

Die Feststellung, daß der politische Antisemitismus völkisch-konservativer Spielart im Deutschland der Nachkriegszeit keine Rolle mehr spielt, bedarf keines eingehenden Nachweises. Dennoch fällt es schwer, von einer über bloße diplomatische Beziehungen hinausreichenden Normalisierung des Verhältnisses zwischen Juden und Deutschen zu sprechen. Jahrhundertlang gepflegte religiöse Ressentiments und politische Fehlhaltungen lassen sich nur schwer abbauen und stehen auch heute noch einem vorurteilsfreien und zugleich kritischen deutsch-jüdischen Dialog entgegen. Der Bewältigung der Vergangenheit dient freilich auch ein gerade hierzulande verbreiteter, stark emotional gefärbter Philosemitismus ebensowenig wie der wiederentdeckte Antizionismus der neuen und alten Linken, die den Zionismus und die Realität des jüdischen Staates Israel als eine bösertige Variante des Kapitalismus vehement bekämpft.

Abseits von derlei extremen Positionen hat die wissenschaftliche Durchdringung der Geschichte der Juden in Deutschland in jüngster Zeit deutliche Fortschritte gemacht. Neben dem bedeutenden Buch Egmont Zechlins über die deutsche Judenpolitik im ersten Weltkrieg¹⁾ ist vor allem auf die Arbeit des Londoner Leo-Baeck-Instituts hinzuweisen, das sich der Durchdringung von Problemen des Strukturwandels im deutsch-jüdischen Zusammenleben seit der Aufklärung widmet. Für das 20. Jahrhundert liegen in der dortigen »Schriftenreihe« zwei von Werner E. Mosse edierte, interdisziplinär angelegte Sammelbände von Einzelstudien vor, die in der Übergangsphase vom monarchischen Obrigkeitsstaat zur parlamentarischen Demokratie²⁾ und in der Periode der Ablösung der Demokratie durch autoritäre Präsidialkabinette³⁾ Aspekte der Judenfrage in Deutschland analysieren. Gerade an diesen Nahtstellen im Gang der politischen Ereignisse wird deutlich, wie eng das Schicksal der deutschen Juden an die

¹⁾ *Egmont Zechlin*, *Die deutsche Politik und die Juden im ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969.

²⁾ *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916—1923*. Ein Sammelband, hrsg. v. W. E. Mosse unter Mitwirkung von A. Paucker (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts 25), Tübingen 1971.

³⁾ *Entscheidungsjahr 1932*. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband, hrsg. v. W. E. Mosse unter Mitw. v. A. Paucker (= Schriftenreihe ... 13), Tübingen 1965.